

Postulat SVP-Fraktion:**«Effizientere Sozialhilfe durch Missbrauchsbekämpfung»**

Die Regierung wird eingeladen, zu prüfen und dem Kantonsrat Bericht zu erstatten, wie das kantonale Sozialhilfegesetz dahingehend ergänzt werden kann, um gegen Missbräuche erfolgreicher vorgehen zu können. Dabei ist insbesondere der Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung von Sozialinspektoren, zur Rückerstattungspflicht auch bei der zweckwidrigen Verwendung der finanziellen Sozialhilfe sowie zur Einführung von Bussen bei unrechtmässiger Erwirkung von Leistungen Rechnung zu tragen. Ausserdem soll die Möglichkeit zur Kürzung der Beiträge des Kantons an jene Gemeinden eingeführt werden, die nicht die geeigneten Massnahmen ergreifen, um vorhandene Missbräuche in der Sozialhilfe aufzudecken und zu verhindern.

Begründung:

Die Zahl der Sozialhilfebezüger hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Insbesondere in den städtischen Gebieten gibt es immer mehr Personen, darunter besonders viele junge Menschen, die finanzielle Sozialhilfe beantragen und diese auch bekommen. Es gibt verschiedene Gründe für diese Zunahme, darunter die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die gesellschaftspolitische Entwicklung, die Migrationspolitik, aber auch die relativ leichte Verfügbarkeit der Sozialhilfe. Das heutige System der Sozialhilfe, das sich auf den Grundsatz des Vertrauens abstützt und davon ausgeht, dass der Antragsteller tatsächlich in einer Notsituation lebt, ist anfällig für Missbräuche. Das kantonale Sozialhilfegesetz sieht jedoch nur beschränkte Möglichkeiten vor, gegen Missbräuche nachhaltig vorgehen zu können.»

23. April 2007

SVP-Fraktion